



FLÜCHTLINGSHILFE: HAMBURG GEHT DIE HERAUSFORDERUNGEN ENTSCHLOSSEN AN

TEXT Dr. Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Die Unterbringung und Betreuung der vielen zu uns nach Hamburg kommenden Flüchtlinge ist ohne jeden Zweifel eine enorme Herausforderung. Fast jede Woche werden überall in der Stadt kurzfristig zusätzliche Kapazitäten geschaffen, um den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben und sie zu versorgen. Kaum ist eine Einrichtung momentan fertiggestellt, ist sie bereits voll belegt und weitere Plätze müssen gefunden werden. Manchen Besserwissern aus den Reihen der Opposition, die jetzt behaupten, diese Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen hätte man doch absehen und sich darauf einstellen können, seien vielleicht noch einmal die Prognosen des Bundesamtes für Flüchtlinge und Migration in Erinnerung gebracht – übrigens ein Instrument, das den Bundesländern als Planungsgrundlage für Unterbringungs- und Betreuungsbedarfe dienen soll. Noch zu Beginn dieses Jahres wurde für ganz Deutschland mit rund 300.000 Flüchtlingen gerechnet, im September ging man noch von 800.000 aus – nun müssen wir für das Gesamtjahr 2015 von mindestens eine Million Menschen ausgehen.

Diese sprunghafte Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen hat natürlich erhebliche Folgewirkungen für die Länder und Kommunen, und ganz besonders für dichtbesiedelte Metropolen und natürlich die Stadtstaaten. Deshalb kann man es gar nicht genug wertschätzen, mit welchem herausragendem Engagement sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Stadt und auch die vielen Freiwilligen um die zu uns nach Hamburg kommenden Flüchtlinge kümmern. Und genauso sollten wir alle gemeinsam Verständnis dafür haben, wenn nicht immer alles sofort reibungslos läuft. Wir müssen uns alle noch eine ganze Weile mit provisorischen Lösungen abfinden, daran führt kein Weg vorbei. Und manche Fehler, die in einer solchen Ausnahmesituation nun einmal passieren können, dürfen niemals den Blick dafür verstellen, dass Hamburg mit einer enormen Kraftanstrengung in diesen Tagen und Wochen Unglaubliches leistet.

Dafür sollten wir dankbar sein und dies alle gemeinsam weiterhin unterstützen. Wir tun dies zusammen mit unseren Fraktionskolleginnen und -kollegen von den Grünen und dem Senat, indem wir die Rahmenbedingungen für Unterbringung, Betreuung und Integration jetzt mit

zahlreichen Maßnahmen so schnell wie möglich verbessern. Drei Beispiele aus den letzten Wochen:

1 **Finanzielle Verstärkung:** Die Bürgerschaft hat für dieses und das nächste Jahr fast 600 Millionen Euro zusätzlich aus dem Hamburger Haushalt für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge bereitgestellt, ohne dass hierfür woanders Leistungen gekürzt oder Vorhaben aufgegeben werden mussten. Das ist eine gute Nachricht und bestätigt einmal mehr unseren haushaltspolitischen Kurs der letzten Jahre.

2 **Mehr Plätze in der Erstaufnahme:** Das Anfang Oktober in Kraft getretene Gesetz zur Sicherstellung von leerstehenden Gewerbeimmobilien gibt uns ein zusätzliches Instrument an die Hand, um den dringend benötigten Kapazitätsausbau bei der Erstaufnahme zu beschleunigen. Wir können und dürfen angesichts der nach wie vor enorm hohen Zugangszahlen und des nahenden Winters keine Zeit verlieren. Um Obdachlosigkeit zu vermeiden, ist uns mit ein paar kleinen zusätzlichen Unterkünften nicht geholfen. Was wir vielmehr dringend benötigen, sind weitere große Gewerbeimmobilien mit entsprechender Kapazität. Insofern bezweckt die Regelung ausdrücklich nicht die Inanspruchnahme kleiner privater ungenutzter Wohnungen oder die Einquartierung von Flüchtlingen in ungenutzten Teilen von Wohnungen. Aus der Gesetzesinitiative und der Gesetzesbegründung geht das klar hervor. Das weiß übrigens auch die Opposition von FDP und CDU sehr genau und sollte damit aufhören, wider besseren Wissens das Gegenteil zu behaupten und Ängste zu schüren. Es geht einzig und allein darum, lieber leerstehende Lagerhallen als Turnhallen von Schulen und Vereinen für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

3 **Sozialwohnungsbau wird massiv nach oben geschraubt:** Neben der Erstaufnahme ist natürlich ebenso klar, dass wir uns auch um die Folgeunterbringung kümmern müssen. Deshalb kommen wir der berechtigten Forderung nach einer Ausweitung des Sozialwohnungsbaus sehr kurzfristig nach. Der Senat hat dazu ein Konzept auf den Weg gebracht, mit dem bis Ende 2016 mehrere tausend Wohnungen für Geflüchtete in Hamburg entstehen werden. Sie sollen im Standard des



Dr. Andreas Dressel

sozialen Wohnungsbaus errichtet werden. Die Bezirke haben dafür Flächen mit einer Größe von acht Hektar benannt, auf denen der Bau von bis zu 800 Wohneinheiten möglich ist. Der beschleunigte Sozialwohnungsbau zunächst für Flüchtlinge wird in der langfristigen Perspektive auch anderen Bedürftigen zugutekommen, die es auf dem freien Markt sonst schwer haben, eine Wohnung zu finden.

Mit einer Kraftanstrengung, die bundesweit ihresgleichen sucht, unternehmen wir in diesen Tagen und Wochen alles, um die Situation bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der zu uns nach Hamburg kommenden Flüchtlinge zu verbessern. Das machen diese Maßnahmen eindrucksvoll deutlich, weitere werden folgen. Hamburg steht zu seiner Verantwortung und geht die Herausforderungen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise entschlossen an. Gemeinsam schaffen wir das!



Mehr Informationen gibt es unter:
hamburg.de/fluechtlinge



Liebe Genossinnen und Genossen,

ab dem 26. Oktober werden in Hamburg die Wahlunterlagen für das Olympia-Referendum verschickt. Bis zum 29. November können die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob sich Hamburg weiter um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 bewerben und nicht nur „Tor zur Welt“ sondern auch „Tor für die Welt“ sein soll.

Dies ist für Hamburg eine große Chance. Denn die Ausrichtung der Spiele gäbe unserer Stadt einen Schub – bei Stadtentwicklung und Infrastruktur, Wirtschaft, Kultur, Integration und Internationalität – und natürlich beim Sport.

Unser „Masterplan Olympia“ sowie das Sportstättenkonzept zeigen, dass in Hamburg bescheidenere Spiele möglich sind. Spiele, die der Reformagenda des Internationalen Olympischen Komitees entsprechen. Kompakte Spiele am Wasser, mitten im Herzen unserer Stadt.

In diesem Konzept sind genaue Planungen für die Nachnutzung enthalten. So wird aus der OlympiaCity im Anschluss an die Spiele ein herausragender Stadtteil mit hoher Lebensqualität entstehen. Ein Stadtteil, der in seiner Lage zwischen HafenCity, Elbinseln und Hamburger Osten eine bedeutende Brückenfunktion in Richtung Süden erfüllen wird.

Dies wird begleitet von einem transparenten und ehrlichen Finanzierungsplan, der detailliert alle Kosten und Risiken aufzeigt, damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein realistisches Bild von den Aufwänden machen können. Damit einher geht die Verpflichtung, dass die in der Hamburger Verfassung verankerte Schuldenbremse eingehalten wird.

Diese Planungen allein sprechen bereits für sich. Das zeigt sich bei allen Veranstaltungen und Gesprächen, die zu diesem Thema stattfinden – so auch in den Stadtteilgesprächen, die wir in allen sieben Bezirken veranstalten.

Ich bin überzeugt, dass wir am 29. November eine breite Zustimmung haben werden.

Euer

Olaf Scholz

JA ZU OLYMPIA!

SPD-KAMPAGNE ZUM REFERENDUM AM 29. NOVEMBER

Bald ist es soweit – alle Hamburgerinnen und Hamburger sind dazu aufgerufen, im Rahmen des Referendums über die Olympiabewerbung ihrer Stadt zu entscheiden. Ab Ende Oktober bis zum 7. November werden hierzu Briefwahlunterlagen versendet. Am 29. November selbst finden in 200 ausgewählten Hamburger Wahllokalen zudem Urnenwahlen statt. Schon jetzt kann die Hamburger Bewerbung um die Ausrichtung der Paralympischen und Olympischen Spiele 2024 als Erfolg gewertet werden, da Hamburg in einem Atemzug mit Städten wie Paris, Budapest, Rom und Los Angeles genannt wird. Auch die SPD Hamburg ist Feuer und Flamme und wirbt mit vielen Informationsveranstaltungen und Infoständen hamburgweit für die Idee der Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg. Bis Ende November wollen wir daher möglichst viele Bürgerinnen und Bürger vom Hamburger Konzept überzeugen.

Mit den Olympischen und Paralympischen Spiele erhöhen wir nicht nur den Bekanntheitsgrad unserer Hansestadt, sondern auch die Chancen auf eine schnellere Umsetzung unserer Pläne für die Stadtentwicklung und den Breitensport. Zudem wird das Ziel einer barrierefreien Stadt mit den Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg deutlich schneller verwirklicht. Grundlage sind die soliden Berechnungen des Kostenrahmens und das Konzept der nachhaltigen Spiele im Herzen der Stadt mit kurzen Wegen.

Im Ergebnis liegen die Kosten bis zu den Olympischen und Paralympischen Spielen bei 11,22 Mrd. Euro (2024) unter Berücksichtigung der angenommenen Preissteigerung bis 2024. Die Einnahmeerwartungen liegen bei 3,81 Mrd. Euro (2024). Die nicht durch Erlöse gedeckten und von der öffentlichen Hand zu tragenden Ausgaben liegen mit 7,40 Mrd. Euro (2024) deutlich unterhalb der entsprechenden Zahlen für die Olympischen und Paralympischen Spiele in London 2012. Davon wird der Hamburger Haushalt 1,2 Mrd. Euro tragen können.

Den gesamten Finanzreport könnt ihr hier abrufen:
hamburg.de/finanzreport-olympia/

Kern unseres Engagements bis zum Referendum sind sieben Diskussionsveranstaltungen mit Olaf Scholz. Unser Landesvorsitzender steht dabei gemeinsam mit der sportpolitischen Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion Juliane Timmermann und dem Präsidenten des Hamburger Sportbundes Dr. Jürgen Mantell allen Hamburgerinnen und Hamburgern Rede und Antwort.

Kommt zu den Veranstaltungen, spricht mit euren Bekannten und Nachbarn und lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass ein starkes Ergebnis beim Referendum für Olympia 2024 das weltoffene und sportbegeisterte Hamburg widerspiegelt. (fc)



SIEBEN KREISE - SIEBEN VERANSTALTUNGEN

Diskussionsveranstaltungen mit Olaf Scholz, der sportpolitischen Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion Juliane Timmermann und dem Präsidenten des Hamburger Sportbundes Dr. Jürgen Mantell.

30. September (Mi), 19:30 h
 2. Oktober (Fr), 18:00 h
 7. Oktober (Mi), 19:30 h
 13. Oktober (Di), 20:00 h
 2. November (Mo), 20:00 h
 18. November (Mi), 18:00 h
 22. November (So), 11:00 h

Altona | Barclaycard-Arena
 Bergedorf | Lichtwarkhaus
 Harburg | Feuervogel Bürgerzentrum-Phoenix
 Hamburg-Nord | Schule Alter Teichweg
 Eimsbüttel | Haus des Sports
 Wandsbek | Bürgersaal Wandsbek
 Hamburg-Mitte | Kulturpalast Hamburg

Berlin direkt

MIT KLAREM KOPF UND OFFENEM HERZEN

von Matthias Bartke, MdB

Auch im Bundestag bestimmt die Flüchtlingspolitik die öffentliche Debatte. Offiziell erwarten wir in diesem Jahr 800.000 Schutzsuchende. Wahrscheinlich werden es deutlich mehr sein. Momentan stellt uns das vor immense Herausforderungen überall in Deutschland.

Stadtstaaten wie Hamburg haben einen noch geringeren Spielraum und stehen damit vor noch größeren Aufgaben. Und doch ist es richtig, diejenigen aufzunehmen, die bei uns Schutz vor Terror, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung suchen. Wer sein Heimatland verlassen muss, dem wollen wir ein neues Zuhause geben.

All jene, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Flüchtlinge können uns helfen, den demographischen Wandel abzumildern, unser soziales Sicherungssystem zu stärken und dem Fachkräftemangel entgegenzusteuern. Das wird nicht leicht werden. Aber wenn wir die Flüchtlinge nicht als Außenstehende begreifen, sondern sie zu unse-

ren Kollegen, Nachbarn und Freunden machen, werden sie uns – nicht nur kulturell – bereichern.

All das wird nur möglich sein, wenn wir den Menschen mit Bleibeperspektive einen guten Start ermöglichen und sie in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Voraussetzungen dafür schaffen wir schon jetzt. Deshalb hat die SPD in den vergangenen Wochen ein Asylpaket mit der Union verhandelt und dabei wichtige Verbesserungen durchgesetzt:

- Beteiligung des Bundes an den Gesamtkosten: Ab 2016 erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling.
- Nochmalige Verdopplung der Soforthilfe des Bundes für dieses Jahr auf insgesamt 2 Milliarden Euro.
- Beschleunigung der Verfahren, u.a. durch die Einstufung dreier weiterer Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten.
- Öffnung der Integrationskurse für Asylbewerber und



Geduldete mit guter Bleibeperspektive für die bessere Einbeziehung in Gesellschaft und Arbeitswelt.

- Aufstockung der Mittel für die JobCenter, so dass Flüchtlinge bei der Arbeitssuche unterstützt werden können.
- Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen, um die Lage am Wohnungsmarkt zu entspannen.

Die Versorgung der Flüchtlinge ist eine große Herausforderung, derer wir uns schon jetzt täglich annehmen. Ihre Integration in unsere Gesellschaft wird eine noch größere Herausforderung bedeuten. Wir werden auch diese Herausforderung annehmen – mit klarem Kopf und offenem Herzen.



Europa aktuell

ZWISCHEN HOFFNUNG UND VERZWEIFELUNG:

WARUM WIR DRINGEND EINE GEMEINSAME EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK BRAUCHEN

TEXT Knut Fleckenstein, MdEP

In Serbien, kurz vor der Grenze zu Kroatien: Tausende Flüchtlinge auf einer Brücke zwischen zwei Staaten. Es ist schrecklich mit anzusehen, wie hier verzweifelte Familien ziellos hin und her wandern mit der großen Hoffnung, dass es jenseits der Grenzen ein besseres Leben für sie gebe. Sie wollen in den Schengen-Raum. Aber Kroatien hat den Übergang dicht gemacht. Es ist ein Albtraum für diese Familien, denen zurzeit nur Zelte und nicht einmal Betten angeboten werden können. Es ist zu viel für ein kleines Land wie Serbien, Hunderttausende auch nur vorübergehend zu beherbergen.

Ich bin in zweierlei Funktion durch Serbien gereist: als Bundesvorsitzender des ASB und als Mitglied des Europäischen Parlaments, um mir einen Eindruck der Situation vor Ort zu machen.

Der ASB und das deutsche Außenministerium schaffen zurzeit gemeinsam Voraussetzungen für Hilfsmaßnahmen vor Ort. Es geht darum, den Hilfesuchenden ein menschenwürdiges Leben auch auf ihrer Flucht zu ermöglichen und möglichst klug zu entscheiden, an welchen Stellen weitergearbeitet werden kann. 500.000 Euro wird der ASB mit Hilfe der Bundesregierung dort einsetzen. Auffanglager werden winterfest gemacht, denn es ist abzusehen, dass fünf bis sechstausend Menschen dort überwintern werden. Das fehlende gemeinsame Handeln in der EU wirkt sich eben auch hier aus.

Die Schicksale haben mich tief bewegt. Jeder Einzelne, mit dem ich gesprochen habe, hatte einen guten Grund zu fliehen. Es sind Geschichten von Menschen, die den Tod in ihrer Heimat

fürchten, von Kindern ohne Eltern, von verzweifelten Eltern, die auf eine bessere medizinische Versorgung ihrer kranken Kinder hoffen. Ich hätte sie alle gerne getröstet und ihnen gesagt: Habt noch etwas Geduld, die EU wird dieses hässliche Gesicht nicht mehr lange tragen.

Wer aus Gefahr um Leib und Leben flieht, darf in Flüchtlingslagern der internationalen Gemeinschaft nicht im Elend versinken. Die Einrichtung von durch die EU-Kommission unterstützten Aufnahmestellen in den Ankunftsändern macht nur dann Sinn, wenn anschließend auch die Frage einer solidarischen Verteilung der Flüchtlinge geklärt ist. Dafür braucht es den immer wieder geforderten Verteilungsschlüssel. Die einzig logische Antwort auf die Notsituation der Flüchtlinge ist die Schaffung einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU.

In einem Gespräch mit dem serbischen Regierungschef Aleksandar Vučić bekam ich Dank für die deutsche Hilfe, aber auch den Unmut über die Haltung der Nachbarstaaten zu spüren. Serbien verhält sich vorbildlich im Vergleich zu manchen EU-Mitgliedstaaten. 150.000 Flüchtlinge hat das Land bisher beherbergt.

Selbstverständlich werden wir nicht alle Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen können. Es gibt Grenzen, die bestimmt werden durch eine ausreichend gute Versorgung und eine Aussicht auf gute Integration. Und dennoch hat die EU insgesamt weitere Kapazitäten, wenn wir endlich auf eine gemeinsame Migrationspolitik setzen.

TERMINE

Montag, 19. Oktober 2015 | 19.00 Uhr
FLUCHT NACH EUROPA – Herausforderung für die EU und ihre Metropolen
 Diskussion mit **Kazim Abaci**, Fachsprecher der Bürgerschaftsfraktion für Migration, Integration und Flüchtlinge, **Tanja Fajon** und **Knut Fleckenstein**, beide stv. Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament | moderiert von **Melanie Leonhard**, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.
 Kaisersaal des Hamburger Rathauses

Freitag, 23. Oktober 2015 | 18.30 Uhr
AFRIKA – Chancen-Kontinent oder Kontinent der Flüchtlinge nach Europa?
 Veranstaltung vom Forum Internationale Politik zur aktuellen Lage mit dem Politikwissenschaftler und Afrika-Experte Prof. Dr. **Rainer Tetzlaff**
 Ort: SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10

Donnerstag, 29. Oktober 2015 | 18.00 Uhr
GLEICH KNALLT'S – Was, wenn sich die sachliche Diskussion zu einem handfesten Konflikt ausweitete? Bevor sich die Fronten verhärten und es persönlich wird, muss gehandelt werden. Zur Entstehung von Konflikten, die Lösungsmöglichkeiten und die Konfliktvorbeugung. Anmeldung unter politische-bildung@spd-hamburg.de oder telefonisch unter 280 848 74
 Ort: SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10

Samstag, 21. November 2015 | 13.00 Uhr
POLITISCHES KAFFEETRINKEN ZUR OLYMPIAABSTIMMUNG
 mit **Tim Stoberock**, MdHB
 Ort: Gaststätte des HuSV, Hummelbüttler Hauptstraße 102

Mittwoch, 25. November 2015 | 19.30 Uhr
INDIEN, SCHWEDEN ODER DEUTSCHLAND – JEDE 3. FRAU IST OPFER VON GEWALT
 Veranstaltung zum Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. Diskussion um nationale und internationale Lösungsansätze mit Prof. Dr. h.c. **Christa Randzio-Plath**
 Ort: SPD-Landesorganisation, Kurt-Schumacher-Allee 10

Donnerstag, 26. November 2015 | 19.30 Uhr
DIE RUSSEN UND WIR – NEUE WEGE FÜR EINE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK
 Diskussionsveranstaltung mit **Knut Fleckenstein**, stv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und dem Osteuropaexperten Prof. Dr. **Otto Luchterhand**
 Ort: Alstertal-Forum, Krittenbarg 18

Die SPD Hamburg trauert um

HANS-JOACHIM SEELER

Die SPD Hamburg trauert um ihren ehemaligen Abgeordneten und langjährigen Hamburger Senator Hans-Joachim Seeler, der im Alter von 85 Jahren verstorben ist. Der Wandsbeker SPD Kreisvorsitzende Karl Schwinke: „Mit Hans-Joachim Seeler hat unsere Partei und unsere Stadt einen bis ins hohe Alter engagierten Unterstützer der Sozialdemokratie verloren. Insbesondere sein herausragendes Engagement für Hamburg, Europa und hier besonders für die deutsch-französische Freundschaft bleiben uns in Erinnerung. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Angehörigen“.

Hans-Joachim Seeler wurde 1966 für die SPD erstmals in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt. In seiner Zeit als Senator war Seeler zunächst zuständig für das Ressort Gesundheit, danach Justiz und zuletzt Finanzen. Von 1979 bis 1989 gehörte Seeler dem Europäischen Parlament als Abgeordneter an.

IMPRESSUM

Herausgeber:
 SPD-Landesorganisation
 Hamburg

V.i.S.d.P.
 Lars Balcke

Redaktion:
 Lars Balcke
 Fabio Cecere
 Roland Triankowski

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
 3. Dezember 2015

Anschrift:
 Kurt-Schumacher-Allee 10
 20097 Hamburg